

## **Zurück zu den Wurzeln Arbeitnehmer in der Sozialdemokratie**

Zum SPD-Bundesparteitag in Dresden

von Walter Edenhofer

Der Bundesparteitag wirft seine Schatten voraus. Nach dem desaströsen Ergebnis bei der Bundestagswahl am 27. September beginnt für die Sozialdemokratie eine neue Phase ihrer Entwicklung. Sie kann bei nüchterner Betrachtung auch als eine Phase von historischer Dimension bezeichnet werden. Auf dem Parteitag müssen die Weichen für eine neue Politik der SPD gestellt werden, die den Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung entspricht.

Die Diskussionen über die Ziele und Inhalte künftiger sozialdemokratischer Politik müssen vor allem darauf abzielen, neues gesellschaftliches Vertrauen durch politische und gesellschaftliche Reformen zu schaffen. Neue Perspektiven und Alternativen müssen für den künftigen Weg vorgestellt werden, so vor allem für die Sozialstaatlichkeit, die Demokratie, die Bildungschancen, für mehr soziale Gerechtigkeit. Mit einem Prozess der Erneuerung von Politik und Führung muss die SPD gleichzeitig mit der Reform ihrer Arbeit und ihrer Organisation, vor allem mit Blick auf ihre Beziehungen zur Gesellschaft und deren Teilhabe an der Politik beginnen.

Nicht erst heute, auch am Ende der sechziger Jahre sah sich die SPD mit der Frage ihrer künftigen Politik und Organisation konfrontiert. Neue Perspektiven wurden damals vor allem für die Entwicklung der Sozialstaatlichkeit und der Bildungschancen vorgestellt. Mit Willy Brandt und der Friedenspolitik erwarb sich die Partei große Unterstützung und internationale Reputation. Mit dem Prozess politischer Erneuerung verband die Partei zudem die Reform ihrer Organisation und politischen Arbeit. Es wurde ein strategischer Schritt vorbereitet, der zu wachsender sozialer Verwurzelung, zu sozialdemokratischer Überzeugungsfähigkeit und zur Regierungsbeteiligung führen sollte. Mit dem Godesberger Grundsatzprogramm hatte sich die Partei mit einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik für neue Wählerschichten geöffnet, so für weite Teile der Angestellten und Beamten, Selbständigen und der Kulturschaffenden. Die SPD präsentierte sich damit als moderne linke Volkspartei, in deren Zentrum weiterhin die Interessen der Arbeitnehmerschaft standen.

Vor allem Herbert Wehner sah voraus, wie sehr die Bindungen zwischen der Sozialdemokratie und der Arbeitnehmerschaft und damit zu den Gewerkschaften die Gestaltungs- und Regierungskraft der SPD beeinflussen. Er räumte mit der Vorstellung auf, die Arbeitnehmer seien von vornherein und wie selbstverständlich die "Hausmacht" der SPD. Deren Vertrauen, so Wehner, müsse die Politik sich immer neu erwerben. Vor allem auf sein Betreiben hin wurde Anfang der siebziger Jahre die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD gegründet. Sie fand bei Arbeitnehmern und Gewerkschaften großen Zuspruch und konnte sich auf viele tausende von Betriebsräten, Personalräten, Gewerkschaftern und Vertrauensleuten in Betrieben und Verwaltungen stützen.

3000 SPD-Betriebsgruppen und Vertrauensleute waren das betriebliche Fundament der neuen Arbeitsgemeinschaft. Die organisierte Arbeitnehmerschaft bildete das Zentrum der Partei und leistete einen stabilisierenden und unersetzlichen Beitrag für sozialdemokratische Politik und Regierungsführung unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. In der Bevölkerung entstand das Bild einer sozialdemokratischen Volkspartei, deren Politik von den Interessen der arbeitenden Menschen und der "kleinen Leute" geprägt wurde. Solidarität war die Klammer, die die Partei zusammenhielt und die traditionelle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sicherte. Entscheidend waren nicht persönliche Karrierespiele und Seilschaften, sondern die Antwort auf die Frage: Wie aktionsfähig und solidarisch ist die politische und soziale Bewegung?

Der Prozess der aktiv betriebenen Hinwendung zur Arbeitnehmerschaft kam in den späten 80er Jahren weitgehend zum Erliegen. So stellte der damalige Bundesvorsitzende der AfA und führende Sozialexperte der Partei, Rudolf Dreßler, auf einer Klausurtagung fest, viele Arbeitnehmer in der SPD hätten den Eindruck, dass sie mit ihren Interessen nicht mehr im Zentrum der Partei stehen. In der verjüngten Führungsgeneration der Partei hatte das Bewusstsein dafür abgenommen, dass auch in einer Volkspartei mit einem breiten gesellschaftlichen Spektrum ein starkes Fundament in der Arbeitnehmerschaft mit Arbeitern, Angestellten und Beamten die zwingende Voraussetzung für politische Mehrheiten und Stabilität ist.

Tonangebend in der Partei waren nunmehr die durch den Sozialstaat und Bildungsreformen geförderten akademisch gebildeten Aufsteiger, die dem Drang nach Kollektivität und Solidarität in der Arbeiterbewegung eher distanziert gegenüberstanden und die politische und gesellschaftliche "Moder-

nisierung" in den Mittelpunkt ihres Strebens stellten. Die Erfahrungen und Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer wurden als "traditionsbelastet" und nicht mehr dem Zeitgeist entsprechend beiseite geschoben. Ein kapitaler Fehler! Auch die besonders von Herbert Wehner und Helmut Schmidt geförderte betriebliche Vertrauens- und Überzeugungsarbeit durch Betriebsgruppen und Vertrauensleute, die durch politische Bildungsarbeit und Betriebsinformationen unterstützt wurden, stand nicht mehr im Vordergrund der Parteiarbeit. Durch das Wegschieben ihrer einst fest fundamentierten Mitte und deren Erfahrungen entstand in der Partei ein politisches und gesellschaftliches Vakuum, das den innerparteilichen Zerfallsprozess und Flügelbildungen beschleunigte.

Willy Brandt hatte schon 1981 vor einer solchen Entwicklung gewarnt: "Es ist blanke Illusion zu glauben, in einer Gesellschaft, in der der Arbeiteranteil sinkt, auf die neuen Schichten verzichten zu können. Und doch bleibt es gleichzeitig richtig, dass es nur mit der Arbeiterschaft eine gesunde und kraftvolle Sozialdemokratie gibt. Nur wer sich diese beiden Erkenntnisse bewusst macht, kann mit der SPD erfolgreich sein."

Die Strategie, nunmehr vor allem auf die "neue Mitte" in der Gesellschaft zu setzen und dabei die Kernwählerschaft zu vernachlässigen, stellte sich als fundamentaler Irrweg heraus. Nicht nur, dass die "neue Mitte" als festes Wählerpotential nur schwer zu definieren und zu fassen ist. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt darüber hinaus, dass die Mittelschicht in Deutschland in den letzten Jahren dramatisch geschrumpft ist. Während im Jahr 2000 noch 62 Prozent der Menschen zur Gruppe der Durchschnittsverdiener gehörten, waren es 2006 nur noch 54 Prozent. Das Armutsrisiko hat sich in Deutschland nicht nur für Arbeitslose erhöht, die infolge der Hartz-Reformen auf ein niedrigeres Einkommen angewiesen sind. Auch für die Mittelschicht ist die Gefahr des sozialen Abstiegs und der existenziellen Unsicherheit größer geworden.

Das liegt vor allem daran, dass sich immer weniger Menschen in einem gesicherten Vollzeitarbeitsverhältnis befinden. So hatten im vergangenen Jahr nur noch 66 Prozent aller Erwerbstätigen einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit mehr als 20 Stunden in der Woche. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil noch bei 72,6 Prozent. Befristete Arbeitsverträge, Niedriglöhne, schlecht bezahlte Teilzeit- und Leiharbeit, Scheinselbständige und Entlohnung auf Honorarbasis - so sieht für immer mehr Beschäftigte, auch für hochqualifizierte, in Deutschland die Arbeitswelt inzwischen aus.

Vor allem einem Teil der jüngeren Generation wird die Perspektive für persönliche Entfaltung, Selbstbehauptung und soziale Sicherheit genommen. Unter der neuen schwarz-gelben Koalition wird dieser Prozess weiter voranschreiten.

Aber mit der Schrumpfung der Mittelschicht sind die hohen Mitglieder- und Stimmenverluste allein nicht zu erklären. Die Schwierigkeit, die Grundwerte der Partei „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ auch als Grundlage ihres Regierungshandelns zu präsentieren, ist nicht neu, sondern hat die Partei in Koalitionsregierungen schon immer begleitet. Den von Willy Brandt und Helmut Schmidt geführten Bundesregierungen in den 70er Jahren gelang dies durch die weithin unterstützte Friedenspolitik und große Fortschritte in der sozialstaatlichen Entwicklung noch am weitesten. Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer leisteten dazu einen großen Beitrag: durch ihren Einfluss auf die Politik, ihre Rolle im Arbeitsleben, in den Gewerkschaften und durch ihr Wirken in Parlamenten und in der Partei.

Die Probleme verschärften sich nach dem Regierungswechsel 1998, als die von Gerhard Schröder geführte Bundesregierung zu der Auffassung kam, die Modernisierung des Sozialstaates und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse vor allem als Auftrag zu Einschnitten in das soziale Netz verstanden werden. Die Reaktion der mehrheitlich sozialstaatlich orientierten Wählerschaft und Parteimitglieder erfolgte durch eine Serie von Wahlniederlagen ab 1999 und massiven Austritten prompt.

Vor allem ein Teil ehemaliger Stammwähler, gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer und hauptamtliche Gewerkschafter, wandten sich von der Partei mit der Begründung ab, die SPD habe ihre Identität als Partei der Arbeitnehmer und der sozialen Gerechtigkeit verraten und sei nicht mehr die Partei der "kleinen Leute". Die Agenda 2010 beschädigte nachhaltig das sozialdemokratische Menschenbild, das auf sozialen Ausgleich und gesellschaftliche Solidarität ausgerichtet ist. Die Wahlniederlagen bei der Bundestagswahl 2005 und 2009 und das Entstehen der Linkspartei finden darin ihre wesentlichen Ursachen.

Was ist angesichts dieses beispiellosen Niedergangs der SPD zu tun?

Das Wahlergebnis vom 27. September hat schonungslos die Schwächen der Partei offengelegt. Ihre grundlegenden politischen strukturellen und demokratischen Probleme und Defizite können durch kurzfristige Maßnahmen nicht beseitigt werden.

Um langfristig neues Vertrauen in der Arbeitnehmerschaft und in den Gewerkschaften aufzubauen, muss sie bestrebt sein, sich an ihrer geschichtlichen Identität und Tradition zu orientieren und ihre Politik grundsätzlich danach auszurichten. Sie entspricht damit einem gesellschaftlichen Verlangen nach Verlässlichkeit, Vertrautheit und Solidarität in der Politik. Das heißt, dass Grundsätze und Erfahrungen über Generationen hinweg in die Gegenwart vermittelt werden müssen. Die Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte immer dann stark und erfolgreich, wenn sie sich ihrer Identität als Partei der Arbeiterbewegung und der sozialen Gerechtigkeit bewusst war und danach handelte. Der Verlust von Identität und Prinzipien in der Politik hat ganz wesentlich zu dem Niedergang der Sozialdemokratie, nicht nur bei uns, beigetragen.

Ihre größten Stimmenverluste musste die Partei bei Arbeitern, Angestellten, Beamten und bei Arbeitslosen hinnehmen, also bei ihren einstigen Kernwählern. Die Verluste sind nicht nur auf verfehlte Politik zurückzuführen, sondern auch auf mangelnde soziale Beziehungen und Bindungen an die Arbeitnehmerschaft. Die Arbeitnehmer, zu Beginn der Sozialdemokratie ein knappes Drittel der Erwerbstätigen, ist heute die große Mehrheit: 85 Prozent der ca. 40 Millionen Erwerbstätigen sind Arbeiter, Angestellte und Beamte, also Menschen in abhängiger Beschäftigung.

Abwegig ist daher der Hinweis, die Arbeitnehmer seien ein "Flügel" der Partei: Sie sind es weder in der Gesellschaft noch in der Partei. Rechnet man die Familienangehörigen, Renten- und Sozialleistungsempfänger, deren Einkommen ebenfalls aus dem Arbeitnehmerstatus abgeleitet werden, hinzu, so bilden die abhängig Beschäftigten die große Mehrheit unseres Volkes. Dieser Grundtatbestand gibt der Sozialdemokratie Ziele und Inhalte für ihre Politik vor. Eine Politik, die nicht auf die Interessen der Mehrheit ausgerichtet ist, verliert nicht nur an demokratischer Legitimation, sie führt auch zum Verlust gesellschaftlicher Unterstützung und Mitgliedschaft.

Um Vertrauen bei Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern, Betriebsräten, Personalräten und Vertrauensleuten und bei Gewerkschaftern wiederzugewinnen, bedarf es einer Politik, die sich vorrangig an deren Interessen orientiert: einer Politik für die Bewahrung des inneren und äußeren Friedens, Sicherung des Sozialstaates, gesicherte Arbeitsplätze, Mitbestimmung, gerechte Einkommensverteilung, gesetzlicher Mindestlohn, humane Arbeitsverhältnisse, Vermeidung von Altersarmut und gleiche Bildungschancen. Politik für Arbeitnehmer kann nicht ohne oder gegen sie gestaltet werden, sondern nur mit ihnen.

Das heißt konkret, neue Formen für politische Beteiligung und Mitbestimmung sind zu entwickeln und Voraussetzungen zu schaffen, dass Arbeitnehmer, Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaften dort in der Politik mitwirken können, wo sie ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen können: in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der Mitbestimmung, bei der Humanisierung der Arbeit, bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung und bei der Arbeitsgestaltung.

Die Hauptfrage ist: Wie kann unter den Bedingungen wirtschaftlicher Globalisierung Sozialstaatlichkeit gesichert werden? Diese Frage bewegt die Menschen nicht nur bei uns. Die Problematik des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der sozialen Bindungen und der gesellschaftlichen Solidarität müssen vor diesem Hintergrund in das Zentrum sozialdemokratischer Politik gerückt werden.

Auf dem Wege zu mehr innerparteilicher Demokratie gibt es gravierende Strukturprobleme: Die Zusammensetzung von Parlamenten und auch von Parteitag stellt eine einseitige Auswahl der Bevölkerung dar. Dominiert werden sie von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, während Arbeiter und Angestellte der gewerblichen Wirtschaft und der privaten Dienstleistungen zu einer verschwindenden Minderheit geworden sind.

Das hängt im Wesentlichen mit deren ungleichen Chancen bei der Wahl von Kandidaten für parlamentarische Mandate und Parteiämter zusammen. Sie gehören zu den "Zeitarmen" in der Gesellschaft, die im Gegensatz zu "Zeitreichen", vornehmlich im öffentlichen Dienst Beschäftigte, nicht die Möglichkeit haben, sich auf Kandidaturen zeitlich vorzubereiten und Vorabgespräche zu treffen. Das führt zu einer "Klassengesellschaft" in der Partei.

Eine Reform des innerparteilichen Wahlsystems muss zu mehr Chancengleichheit und Transparenz führen, mit dem Ziel, allen aus der Arbeitswelt kommenden Sozialdemokraten den Zugang zur Politik zu erleichtern und den Charakter und die Entwicklung der Partei von deren Lebenserfahrungen kennzeichnen zu lassen.

Zu beantworten ist auch die Frage, wie sich die Partei angesichts des sozialen und wirtschaftlichen Wandels in der modernen Arbeitswelt neu verwurzeln will. Wie und wodurch will die Sozialdemokratie Überzeugungsarbeit in einer weithin individualisierten Arbeitsgesellschaft leisten, in der prekäre und atypische Arbeitsverhältnisse immer mehr zunehmen?

Mit der herkömmlichen sozialdemokratischen Betriebsarbeit wird das nicht zu leisten sein. Durch betriebliche und wirtschaftliche Strukturveränderungen, Verlagerung und Verlust von Arbeitsplätzen, zunehmenden Leistungsdruck, aber auch durch nachlassende politische Bindungen und Motivation, wie durch die Folgen der Agenda 2010, Rente mit 67 und Hartz IV, ist die frühere betriebliche Basis der SPD weitgehend verlustig gegangen. Seit Jahren hat die Partei ihre betriebliche Arbeit vernachlässigt. Will sie eine stärkere gesellschaftliche Verankerung, so bedarf es dringend einer Reform der Betriebsarbeit, die den heutigen Bedingungen in der Arbeitswelt angemessen ist.

Die SPD steht auf ihrem Dresdener Parteitag vor schwerwiegenden politischen und organisatorischen Entscheidungen, bei denen es um ihre Zukunft und Gestaltungskraft geht. Wie und auf welche Weise nimmt die Sozialdemokratie die Menschen auf dem Wege ihrer politischen und demokratischen Erneuerung mit? Will man gesellschaftliche Öffnung statt Gremienarbeit, dann bedarf es neuer Arbeitsformen: Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen Gruppen, vor allem mit den Gewerkschaften, das offene Gespräch zwischen Politik und Arbeitswelt unserer Tage. Nur wenn es gelingt, Mitglieder, Wähler und Sympathisanten mehr an politischen Debatten zu beteiligen und die innerparteiliche Demokratie mit Leben zu erfüllen, kann dem weit verbreiteten Gefühl politischer Einflusslosigkeit als Hindernis für Innovation und Motivation begegnet werden.

Die SPD ist keine Beliebigkeitspartei. Sie kann ihrer langen Geschichte nicht entgehen. Auch in einer Zeit des Wandels mit neuen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen muss sie sich ihrer historischen Verantwortung und Identität als Partei der sozialen Gerechtigkeit bewusst bleiben und danach handeln. Ohne Verwurzelung im Volk und Verbindung zu den arbeitenden Menschen wird sie es nicht schaffen, neues Vertrauen und politische Mehrheiten zu gewinnen.